

Wir sind heute hier, um für den Frieden zu demonstrieren, der durch den von Russland initiierten ausgewachsenen Krieg in der Ukraine wieder und zugleich neu auf die Tagesordnung geholt wurde. Dieser Angriffskrieg muss beendet werden! Er bringt für das Gros der Bevölkerung, wie jeder Krieg, Tod, Leid, Flucht und die Zerstörung von Lebensgrundlagen.

Das kapitalistische und von Oligarchen dominierte Russland ist bestrebt, mit Mitteln des Krieges die Ukraine zu kontrollieren und der Eingliederung in das Herrschaftssystem der NATO zu entreißen. Zugleich geht auch der Bürgerkrieg, der seit dem Putsch 2014 herrscht – und der Kampf, den rechte Banden und Bandera-Anhänger führen – weiter. Das wird hierzulande leider häufig vergessen.

Wir müssen befürchten, dass der Krieg in der Ukraine ein langwieriger Krieg wird, der viele Opfer fordert und zurzeit ist noch nicht abzusehen, ob zum Beispiel Verhandlungen über eine Neutralität der Ukraine geführt werden oder ob die Ukraine gar geteilt wird und es in Europa einen neuen „Eisernen Vorhang“ geben wird.

Wir müssen den Angriffskrieg Russlands verurteilen. Wir dürfen als Friedensbewegung in Deutschland aber nicht zur Entwicklungsgeschichte dieses Konflikts und zur Rolle des NATO-Imperialismus darin schweigen.

In der Sondersitzung des Bundestags vom 27. Februar verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz pathetisch: „Wir erleben eine Zeitenwende“. Und tatsächlich: Dieser Krieg markiert einen tiefen Einschnitt in mehreren Punkten – womit ich aber etwas anderes meine als Scholz.

Erstens markiert dieser Krieg einen Einschnitt in die kapitalistische Weltordnung. Vielfach wurde in den letzten Tagen der Mythos aufgegriffen, dass die Welt seit 1945 oder spätestens seit Ende des „Kalten Krieges“ in Frieden lebe... Es sei „Putins Krieg“, der Jahrzehnte einer globalen Ordnung beendet habe, in der Kriege in Schach gehalten waren.

Doch dieser Krieg ist nicht der erste Krieg in Europa seit 1945! Und schon gar nicht weltweit! Es wurden viele "heiße" imperialistische Kriege geführt. Etwa der Vietnamkrieg, der Jugoslawienkrieg und die Bombardierung Serbiens durch die NATO, die heute von Putin als Präzedenzfall für sein Handeln angeführt wird. Die Kriege gegen den Irak, in Afghanistan, im Jemen, Libyen und Syrien.

Was hier die Zeitenwende markiert ist die Tatsache, dass Russland mit diesem Krieg – der vor der Haustür der EU-Mächte stattfindet – die Vormachtstellung der westlich-imperialistischen Staaten unmittelbar in Frage stellt. Die russische Regierung nimmt für sich in Anspruch, ihre Interessen mit militärischen Mitteln in einer multipolaren Weltordnung gegen die NATO durchzusetzen.

Was die herrschenden Kräfte in der EU und in den USA so erschüttert, ist doch nicht das Leid der Menschen in der Ukraine – diese Verlogenheit und Doppelmoral ist wirklich himmelschreiend. Was sie erschüttert ist die Tatsache, dass ihr alleiniges Vorrecht, die Welt mit Gewalt und nach ihrem Gutdünken zu ordnen und völkerrechtswidrige Kriege zu führen, in Frage gestellt wird.

Die NATO ist nicht das defensive Verteidigungsbündnis, als das es in den hiesigen Medien zuletzt wieder vermehrt dargestellt wurde. Wenn wir vernünftige friedenspolitische Forderungen entwickeln wollen – müssen wir hier die Politik der herrschenden Kräfte im eigenen Land, die US-Politik und die NATO-Osterweiterung in den Blick nehmen.

Ganz im Gegensatz zu den verbalen Versprechungen, die zu Beginn der Perestrojka gemacht wurden, wurde die NATO aggressiv bis an die Grenze Russlands ausgedehnt.

Schon 1997 schrieb der US-amerikanische Diplomat George F. Kennen in der New York Times: „Es wäre der verhängnisvollste Fehler amerikanischer Politik in der Zeit nach dem Kalten Krieg, die NATO bis zu den Grenzen Russlands auszuweiten. Diese Entscheidung lässt befürchten, dass nationalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in Russland entfacht werden könnten. Sie könnte einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben wieder zu einer Atmosphäre wie im Kalten Krieges führen und die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken, die uns sehr missfallen wird.“

Es wäre naiv davon auszugehen, dass die NATO-Politik und die Arroganz des Westens in Bezug auf den Platz, den man Russland in der globalen ökonomischen und politischen Ordnung zuweist, nichts mit der aktuellen Situation zu tun haben. Das rechtfertigt natürlich nicht das Handeln der russischen Regierung und es erklärt auch nicht die aktuellen Interessen Russlands in der Ukraine im Detail. Für uns heißt das aber: Wir müssen auf die Interessen der westlichen Imperialisten zeigen. Friedenspolitik kann nicht bloß heißen, gegen Putin auf die Straße zu gehen. Friedenspolitik darf nicht von der Kritik der NATO und der Militarisierung hierzulande abgekoppelt sein.

Und damit wäre ich beim **zweiten Punkt hinsichtlich der Zeitenwende**. Die herrschenden Kräfte – und da sind sich die von SPD, Grünen und FDP geführte Bundesregierung mit der CDU/CSU und auch mit der AfD einig – nutzen den russischen Einmarsch in die Ukraine. Sie nutzen ihn, um eine massive militärische Aufrüstung zu forcieren und den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur Interventionsarmee noch einmal zu beschleunigen.

Das von der Regierung in die Wege geleitete „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Mrd. Euro ist das größte Aufrüstungsprogramm seit Bestehen der Bundesrepublik. Zugleich bekräftigt die Bundesregierung, dass nun „Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ in Aufrüstung investiert werden sollen. Uns stehen hier in den nächsten Jahren große Abwehrkämpfe etwa auch hinsichtlich der zunehmenden Militarisierung der Bildung in Schulen und der Militarisierung der Forschung an Universitäten ins Haus.

Mal abgesehen davon, dass sich die antisoziale Kürzungspolitik mit diesen Rüstungsausgaben weiter verschärfen wird: Hier werden die Zeichen auf Krieg und auf eine zunehmende Eskalation des Konflikts mit Russland gesetzt. Auch gefährliche Forderungen etwa nach „nuklearer Teilhabe“ (Alexander Dobrindt, CSU) werden wieder lauter.

Und vergessen wir nicht: Deutschland macht sich sowohl durch den Wirtschaftskrieg als auch durch Waffenlieferungen an die Ukraine, z.B. Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen bereits jetzt zur Kriegspartei.

Diese Aufrüstung, Militarisierung und Waffenlieferungen können nicht durch den Krieg in der Ukraine gerechtfertigt werden. Sie führen nicht zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, sondern sie sind das Rezept für zukünftige Katastrophen.

Absurderweise wird diese Rüstungspolitik jedoch in friedenspolitische Worte gehüllt – und auch hier gibt es vielleicht eine **Zeitenwende in der Frage**, was eigentlich gesellschaftlich-hegemonial unter Friedenspolitik verstanden wird.

Die beschriebene Zeitenwende in der globalen Weltordnung ist *eine* Erklärung dafür, warum die herrschenden Kräfte in diesem Land sich gerade so stark damit brüsten, für den Frieden zu sein...

Es ist natürlich gut, wenn Menschen hierzulande ehrliches Mitleid mit den Menschen in der Ukraine haben – wenn Viele ernsthaft wollen, dass niemand sterben, leiden und fliehen muss. Und es wäre begrüßenswert, wenn es von nun an wieder größere Friedensdemos auch gegen die Kriegspolitik der

BRD gäbe. Aber: Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass das Geschäft mit dem Mitleid schon lange Teil von Kriegspolitik ist.

Die ideologischen Apparate des erweiterten Staates machen momentan massiv mobil: Schülerinnen und Schüler bekommen frei, um zu demonstrieren... und selbst beim Fußball/in der Sportschau ist alles voll mit Peace-Zeichen. Und mit ukrainischen Nationalflaggen. Damit solidarisiert man sich aber faktisch nicht bloß mit der Bevölkerung der Ukraine, sondern mit einer rechtskonservativ-neoliberalen Regierung, die sich auf faschistische Banden stützt. Und in den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Programme wird sogar der Schlachtruf »Slava Ukrajini – Heroyam Slava!« verbreitet – ursprünglich der Schlachtruf der 1943 gegründeten und vom Nazikollaborateur Bandera angeführten Ukrainischen Aufständischen Armee.

Auf großen „Friedensdemos“ wurden zudem eskalierende Maßnahmen gefordert, die nicht den Frieden, sondern eine deutsche Kriegsbeteiligung bedeuten. Und bei einer Demo von Fridays for Future in Berlin wurde ein antirassistischer Aktivist vor seinem geplanten Redebeitrag von der Bühne geholt, weil er früher auch schon mal die NATO kritisiert hatte.

Wem nützen solche „Friedensdemos“? Momentan werden sie von der Regierung genutzt, um mit der Parole „Nie wieder Krieg“ im Rücken ihre Kriegspolitik auszuweiten.

Wir müssen als Friedensbewegung verhindern, dass der Kriegspolitik Deutschlands und der NATO ein pseudo-pazifistischer Persilschein ausgestellt wird. Jetzt Politik gegen die NATO, gegen Aufrüstung und für Abrüstung zu machen, heißt nicht, dass einem die Menschen in der Ukraine egal sind – ganz im Gegenteil!

Ich möchte zum Abschluss an einen Auszug aus der Begründung erinnern, die Karl Liebknecht 1914 gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten für den 1. Weltkrieg vorgelegt hat:

„[...] Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus“ diente dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhass zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier.“

Liebknecht hätte auch heute Recht. Friedenspolitik kann nicht in Zusammenarbeit mit den Herrschenden in Wirtschaft und Politik erreicht werden. Und ein wirklicher Frieden ist nur zu erreichen, wenn wir auf Abrüstung orientieren – und darauf, den Kapitalismus abzuschaffen.

Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden! Russland muss seine Truppen abziehen! Nein zur NATO-Erweiterung und zur Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa! Nein zur Einmischung der NATO und Deutschlands in den Krieg in der Ukraine! Gegen Aufrüstung, Wirtschaftskrieg und Waffenexporte – auch in die Ukraine!